

PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

SPD will Entschädigungsfonds für Opfer des Oktoberfest-Attentats

mit

Florian Ritter, MdL,
Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion
gegen Rechtsradikalismus

21. September 2020, 11.00 Uhr,
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag

Ausgangslage

Das Oktoberfestattentat - ein rechtsterroristischer Anschlag: Eine späte, aber wichtige Feststellung

Die Bundesanwaltschaft hat am 6. Juli 2020 das am 5. Dezember 2014 wiederaufgenommene Ermittlungsverfahren wegen des Anschlags auf das Oktoberfest in München am 26. September 1980 erneut eingestellt.

Der Generalbundesanwalt hielt im Juli zu den Ergebnissen der Ermittlungen fest,

„(..), dass Gundolf Köhler die Bombe am 26. September 1980 gegen 22:20 Uhr im westlichen Bereich des Haupteingangs zum Oktoberfestgelände zur Explosion brachte. Gundolf Köhler handelte aus einer rechtsextremistischen Motivation heraus. Dies folgt aus seinen Kontakten in rechtsextremistische Kreise, seinen kurz vor der Tat getätigten Äußerungen, wie man die bevorstehende Bundestagswahl beeinflussen könne, sowie seinem in diesem Zusammenhang ebenfalls geäußerten Wunsch nach einem nationalsozialistischen Vorbild folgenden Führerstaat. Etwaige persönliche Beweggründe und festgestellte Problemfelder in der Persönlichkeit von Gundolf Köhler haben eine solche vorherrschende politische Motivation nicht in Frage gestellt.“

Mit dieser offiziellen Feststellung ist nun die politische Motivation des Täters unstrittig belegt, die gesellschaftspolitische Bedeutung der Tat dadurch nochmals deutlicher geworden.

Zwar wird dieser rechtsextreme Hintergrund von weiten Teilen der CSU heute nicht mehr bestritten, unmittelbar nach dem Anschlag und auch noch lange Jahre danach aber tat sich die Partei, allen voran ihr Vorsitzender Franz Joseph Strauß, durch Verharmlosung und Bagatellisierung rechten Terrors hervor, ging sogar so weit, einen linken, politischen Hintergrund zu unterstellen. Noch heute sind viele Versäumnisse des Freistaats im Umgang mit den Überlebenden auch auf diese Blindheit auf dem rechten Auge zurückzuführen.

Für eine rückhaltlose Aufklärung und die spätere Wiederaufnahme der Ermittlungen hatte sich die SPD-Landtagsfraktion hingegen immer wieder stark gemacht. Mit dem Ende der Untersuchung bleiben auch weiterhin bestimmte Fragen, beispielsweise die nach unmittelbaren Mittätern, unbeantwortet. Jedoch müssen nun verstärkt andere Anliegen in den Fokus rücken.

Die Überlebenden wurden zu lange vernachlässigt – Die Staatsregierung hat Fehler gemacht.

Ausgehend von Debatten rund um die Entschädigung der Opfer des NSU und des Anschlags im Olympia-Einkaufszentrum wurde auch die Frage, wie die Überlebenden und Hinterbliebenen des Oktoberfestattentats zu entschädigen seien, neu aufgeworfen.

Nahezu jeder Überlebende des Attentats von 1980 hat eine Geschichte der Auseinandersetzungen vor bayerischen Sozialgerichten um Einstufungen hinter sich. Über Jahrzehnte kämpften die Überlebenden um Anerkennung. Allzu oft waren sie Bittsteller vor einem Staat, der das Attentat Jahrzehnte nicht als politische Tat anerkannte.

Im ersten Jahr nach dem Anschlag flossen damals 500.000 DM an alle 213 Opfer. Damit, so formulierte es der Abgeordnete Dremel am 3.7.2019 für die CSU im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, sei Wiedergutmachung geleistet worden. Die Ablehnung eines solchen Fonds begründet die CSU 2019 noch mit der Feststellung: „(...) weil damit die Opfer des Oktoberfestattentats eine bessere Unterstützung bekämen als andere Opfer wie beispielsweise die Opfer der NSU-Anschlag“. Die Position der Staatsregierung und der CSU ist aus Sicht der SPD-Fraktion bis heute nicht nachvollziehbar und nicht haltbar. Angesichts des erfahrenen Leids der Überlebenden ist die damals gewährte Entschädigung erbärmlich.

SPD-Forderungen

1. Mehr Gerechtigkeit: Der Staatsregierung soll einen eigenen Opferentschädigungsfonds schaffen

Allerdings lehnte es die CSU-geführte Regierung noch im Juli dieses Jahres ab, einen eigenen Hilfsfonds für die Überlebenden einzurichten. Aus Sicht der Staatsregierung hat diese sich bereits direkt nach dem Anschlag zu ihrer Verantwortung bekannt, um dem Leiden der Opfer gerecht zu werden.

Angesichts der bisherigen unzureichenden Entschädigungen fordern wir als SPD-Fraktion deshalb, dass die Staatsregierung:

1. einen eigenen Fonds für die Opfer auf den Weg bringt,
2. beim Zugang zum Fonds des Bundes unterstützt,
3. sich eng mit der Stadt München, die bereits einen Fonds aufgelegt hat, berät und abstimmt.

Wichtig ist uns, bei der Einrichtung des Fonds darauf zu achten, dass dieser unbürokratisch zugänglich ist.

2. Einrichtung eines Sonderarchivs und Integration des Oktoberfestattentats in bayerische Lehrpläne

Anlässlich des 40. Jahrestags des Oktoberfestattentats stellt sich die Frage, wie es mit der Aufarbeitung weitergehen und die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer und Überlebenden weitergetragen werden kann.

Um die enormen Aktenbestände auch für die Zukunft zu erhalten, fordern wir deshalb die ausnahmslose Überführung aller Akten in ein gesondertes Archiv, welches an das Staatsarchiv angekoppelt ist. Ministerien, Behörden und staatliche Institutionen werden entsprechend des Antrags aufgefordert, die aufbewahrten Dokumente, Unterlagen und Archivalien zum Oktoberfestattentat für die wissenschaftliche, journalistische und zivilgesellschaftliche Recherche auf Dauer zugänglich zu machen.

3. Geschichte weitergeben – Geschehnisse um das Oktoberfestattentat in der schulischen Bildung verankern

Über die Sicherung des Wissens hinaus aber geht es darum, jungen Menschen die Erinnerung an das Attentat weiterzugeben, um Lehren für die Zukunft als Gesellschaft ziehen zu können. Denn das Oktoberfestattentat ist über München hinaus nicht im kollektiven Gedächtnis verankert, hat aber eine bayern- bzw. bundesweite Bedeutung. Die Geschehnisse um das Oktoberfestattentat im Jahr 1980 sollen deshalb, so fordern wir die Staatsregierung auf, im Rahmen bestehender Lehrpläne zur Zeitgeschichte, Wertebildung und zur politischen Bildung, beispielhaft Anwendung finden. Hierzu gibt es beispielhaft bereits ein ausgearbeitetes didaktisches Konzept der historischen Fakultät der LMU für Schüler und Schülerinnen ab der 8.Klasse, welches Lehrkörpern zukünftig digital angeboten wird.

Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Harald Güller, Arif Tasdelen, Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen des Oktoberfestattentats

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit der Bereitstellung eines eigenen Hilfsfonds an der Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen des Oktoberfestattentats zu beteiligen. Die Kooperation mit der Landeshauptstadt München, die bereits finanzielle Hilfen bereitstellt, soll dabei gesucht werden, um die Betroffenen auf schnelle und unbürokratische Weise unterstützen zu können.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Betroffenen auch Zugang zu Opferhilfen des Bundes erhalten.

Begründung:

Das Oktoberfestattentat vom 26. September 1980 ist der größte Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Hinterbliebenen der zwölf Ermordeten, die 213 Verletzten, davon 68 Schwerverletzte, haben noch heute mit den dramatischen Auswirkungen dieser Tat zu kämpfen.

Das Attentat und die Folgen haben die Existenzen von Familien zerstört, viele durch die Splitter der Bombe Verletzte haben dutzende von Operationen hinter sich bringen müssen, andere Opfer sind auf Rollstuhl, Prothesen oder andere medizinische Hilfsmittel angewiesen oder leiden unter dauerhaften Schmerzen und Einschränkungen. Was für die breite Öffentlichkeit oftmals nur noch Geschichte ist, ist für die Hinterbliebenen und Überlebenden Opfer tagtäglicher Kampf mit den körperlichen und seelischen Folgen des Attentats.

Viele Opfer des Oktoberfestattentats sind daher noch heute auf Hilfen angewiesen. Dies macht auch ein durch die Landeshauptstadt München initiiertes Forschungsprojekt deutlich: Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden Kontakte zu Betroffenen gesucht und Interviews geführt. Die Gespräche mit den Betroffenen verdeutlichten, dass die Personen nicht nur bis heute unter den erlittenen psychischen wie physischen Verletzungen leiden, sondern bei einem Großteil

die Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität durch die erlittenen Verletzungen mit steigendem Alter zunehmen. Insbesondere trifft dies auf die psychische Belastung zu. Viele, vor allem die leichter Verletzten, haben unmittelbar nach dem Attentat versucht, so schnell wie möglich in ihr Alltagsleben zurückzukehren und mitunter das Geschehene zu vergessen. Eine Aufarbeitung des Erlebten fand selten oder gar nicht statt. Dieses Defizit macht sich jedoch, wie einzelne der Befragten berichteten, mehr und mehr bemerkbar. Die Vergangenheit holt sie ein. Es ist daher davon auszugehen, dass mehr und mehr der Betroffenen in den kommenden Jahren eine psychologische Betreuung in Anspruch nehmen wollen oder müssen. Aber nicht nur psychisch, sondern auch physisch verschlimmern sich bei den Befragten die verletzungsbedingten Beschwerden. Beeinträchtigungen, die evtl. damals im jungen Alter rasch ausgeglichen werden konnten, erweisen sich zunehmend als problematisch: Die Betroffenen werden anfälliger, gebrechlicher. Diesem Umstand wird nach Aussage der Betroffenen durch das Versorgungsamt nicht Rechnung getragen und die Kostenübernahme abgelehnt.

Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Tasdelen, Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Horst Arnold, Volkmarr Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD**

Dauerhafte Sicherung aller Dokumente und Archivalien in Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 26. März 2021 ein Konzept vorzulegen, wie die in Ministerien, Behörden und staatlichen Institutionen aufbewahrten Dokumente, Unterlagen und Archivalien zum Oktoberfestattentat für die wissenschaftliche, journalistische und zivilgesellschaftliche Recherche auf Dauer zugänglich gemacht werden können.

Dem Archiv sollen ausnahmslos alle Dokumente, Unterlagen und Archivalien übergeben werden, die in Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat am 26. September 1980 und den dazu gehörenden Ermittlungen in den Staatsministerien, Behörden und anderen Einrichtungen in Bayern angefallen sind oder von der Generalbundesanwaltschaft zurückgegeben werden. Diesem Archiv sollen auch alle Unterlagen und Archivalien übergeben werden, die noch bei den Sicherheitsbehörden einer Einstufung unterliegen und zukünftig freigegeben werden. Dies betrifft auch alle Unterlagen über rechtsextreme Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen aus dem Umfeld des Täters, sobald sie nicht mehr der Geheimhaltung unterliegen.

Die Staatsregierung wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass keine in Frage kommende Dokumente, Unterlagen und Archivalien vernichtet werden, um eine möglichst vollständige Übergabe an das künftige Archiv zu gewährleisten.

Begründung:

Das Oktoberfestattentat vom 26. September 1980 ist der bisher folgenschwerste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Dreizehn Menschen wurden dabei getötet, 211 verletzt, 68 davon schwer.

Die zum Abschluss der Ermittlungen von den Behörden präsentierte Einzeltätertheorie wurde bereits nach dem Anschlag stark angezweifelt. Besonders in den letzten zehn Jahren gab es immer wieder neue Anhaltspunkte und Erkenntnisse, die der Theorie, dass der Attentäter Gundolf Köhler als Einzeltäter gehandelt hat, widersprechen.

VorAn - Dokument - ID: 45400 eingereicht von Schneider, Gregor am 11.09.2020 - 15:30

SPD Status: eingereicht seit 11.09.2020 - 15:30

Ersterfasser: Florian Ritter

1

Am 22.02.2011 beschloss der Landtag einstimmig, dass er die Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Oktoberfestattentat begrüßen würde. Am 11. Dezember 2014 ordnete die Generalbundesanwaltschaft die Wiederaufnahme der Ermittlungen an, die am 7. Juli 2020 wieder eingestellt wurden. Die Ermittlungen brachten zwar keine neuen Erkenntnisse über mögliche Mittäter oder Anstifter zutage, allerdings verwarf die Bundesanwaltschaft die zentrale These früherer Ermittlungen, die Tat sei ausschließlich persönlich motiviert gewesen.

Die Generalbundesanwaltschaft stellte fest: „Gundolf Köhler handelte aus einer rechtsextremistischen Motivation heraus. Dies folgt aus seinen Kontakten in rechtsextremistische Kreise, seinen kurz vor der Tat getätigten Äußerungen, wie man die bevorstehende Bundestagswahl beeinflussen könne, sowie seinem in diesem Zusammenhang ebenfalls geäußerten Wunsch nach einem dem nationalsozialistischen Vorbild folgenden Führerstaat.“ Gleichzeitig stellte die Generalbundesanwaltschaft aber auch fest, dass Fragen offengeblieben sind sowie einzelne Sachverhalte nicht vollständig festzustellen waren. Damit kann die Einstellung des Verfahrens kein Schlussstrich unter die Bemühungen zur Aufklärung der Hintergründe sein.

Das Archiv soll sicherstellen, dass in Zukunft die Geschehnisse um das Attentat, die Geschichte der Opfer und der Ermittlungen politisch und historisch aufgearbeitet werden können. Es soll aber auch sichergestellt werden, dass durch neue Erkenntnisse mögliche strafrechtliche Ermittlungen auf den vollständig gesicherten Bestand an Dokumenten und Archivalien zugreifen können.

Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Tasdelen, Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Horst Arnold, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher SPD**

Geschichte weitergeben - Geschehnisse um das Oktoberfestattentat in der schulischen Bildung verankern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag fordert die Staatsregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Geschehnisse um das Oktoberfestattentat im Jahr 1980 im Rahmen bestehender Lehrpläne zur Zeitgeschichte, Wertebildung und zur politischen Bildung beispielhaft Anwendung finden.

Die Überlebenden und Hinterbliebenen des Terroranschlags sind bei der Entwicklung didaktischer Bausteine angemessen zu berücksichtigen.

Begründung:

Das Oktoberfestattentat ist bis heute der schwerste Terroranschlag bundesdeutscher Geschichte. Zwölf Menschen wurden von dem beim Anschlag ebenfalls getöteten Attentäter ermordet, 213 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Das Attentat war politisch und historisch von einschneidender Bedeutung für Geschichte der Bundesrepublik und Bayerns. Bereits kurz nach dem Attentat wurden Verbindungen des Täters in rechtsextreme Kreise bekannt. Mit diesem Anschlag begann die gesellschaftspolitische Debatte über die Kontinuität gewaltbereiter rechtsradikaler Netzwerke und rechten Terrorismus in Deutschland nach 1945, die bis heute anhält.

Nach Wiederaufnahme des Verfahrens ist nun auch die politische Motivation des Täters unstrittig belegt, die gesellschaftspolitische Bedeutung wird dadurch nochmals deutlicher.

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Attentats ist festzustellen, dass es nicht mehr viele Überlebende und Zeugen des Anschlags gibt. Umso wichtiger ist es das Gedenken und die Erinnerung an nachkommende Generationen weiterzugeben, insbesondere jüngere Menschen über die besonderen historischen Umstände der Tat zu bilden. Erste Ansätze für die didaktische Integration in den Unterricht sind mittlerweile an der Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaft der LMU erarbeitet worden.

